



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

FLÜCHTLINGE SOLLEN STÄRKER IN WOHNUNGEN UNTERGEBRACHT WERDEN

15.06.2012 Fachinformation

Dazu fordert Sozialminister Günter Baaske die Kommunen auf. Flüchtlinge sollen noch stärker in Wohnungen untergebracht werden. Diese Position vertrat Baaske anlässlich einer Diskussion im Landtag zum Bericht der Landesregierung mit Änderungsempfehlungen zu Gemeinschaftsunterkünften vom 7. Juni 2012. Baaske: "Die Unterbringung in den 17 Gemeinschaftsunterkünften im Land ist zumeist gut. Sie ist aber nur für einen begrenzten Zeitraum sinnvoll. Eine dauerhafte Unterbringung in Heimen ist mit einem selbstbestimmten und auf soziale Teilhabe ausgerichteten Leben kaum in Einklang zu bringen." 69 Prozent der rund 1.830 Asylbewerberinnen und -bewerber leben in Gemeinschaftsunterkünften. Baaske betonte, dass viele Flüchtlinge mehrere Jahre in einer Gemeinschaftsunterkunft leben müssten: "Diese langfristige Unterbringung vermittelt ein Gefühl der Ausgrenzung und Isolation. Viele Flüchtlinge leiden darunter, einige werden psychisch krank." Angesichts wieder steigender Flüchtlingszahlen könne man zwar auf Gemeinschaftsunterkünfte nicht ganz verzichten, aber es sollte versucht werden, möglichst viele Menschen in Wohnungen unterzubringen. Neues Unterbringungskonzept geplant Günter Baaske weiter: "Die Unterbringung in Wohnungen sollte nicht länger als Ausnahme, sondern als Normalfall betrachtet werden." Er empfiehlt, die Verweildauer der Flüchtlinge in einer Gemeinschaftsunterkunft auf zwölf Monate zu begrenzen. Danach sollte eine Unterbringung in Wohnungen erfolgen. Für die Kommunen könne dies in vielen Fällen sogar preiswerter sein, da nur die Mietkosten entstehen. Er kündigte an, mit allen Akteuren ein Unterbringungskonzept bis zum Frühjahr 2013 zu erarbeiten. Die Landkreise und kreisfreien Städte sind für die Unterbringung verantwortlich. Dem Bericht zufolge sind die Lage und Qualität sowie der bauliche Zustand der 17 Gemeinschaftsunterkünfte sehr unterschiedlich. Potsdam und Cottbus haben z.B. günstig gelegene und moderne Heime, die Unterkünfte in Hohenleipisch (Elbe-Elster) und Althüttendorf (Barnim) liegen hingegen außerhalb der örtlichen Bebauung. Im Kreis Prignitz leben bereits alle Flüchtlinge in Wohnungen. Hinweis: Der 42-seitige Bericht der Landesregierung im Internet:
http://www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w5/drs/ab_4500/4573.pdf

<https://bbu.de/beitraege/fluechtlinge-sollen-staerker-wohnungen-untergebracht-werden>